

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 284 B

BERLIN • Sonnabend, den 31. Dezember 1932

1. JAHRGANG

Sozialisten unter Kuratel

Ausländer, Fremde, sind es meist
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landeskinder.

Auch Gottesleugner sind es meist;
Wer sich von seinem Gotte reißt,
Wird endlich auch abtrünnig werden
Von seinen irdischen Behörden.

Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud' und Christ.
Es schließt jeder seine Bude,
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.

(Heine).

W-ar. Die preußische Polizei, allen voran der Berliner Polizeipräsident Herr Melcher, hat eine Reihe „ausländischer“, Kommunisten teils ausgewiesen, teils mit der Ausweisung bedroht, falls sie ihre „gegenwärtige agitatorische Tätigkeit“ nicht aufgeben.

Ausgewiesen wurden bisher u. a. der Zeichner Bittner und der Gerichtsberichterstatler Popper von „Berlin am Morgen“. Zum Teil sind diese Ausländer Oesterreicher, gehören also sogar zu dem „in Nibelungentreue mit Deutschland einig die ganze offizielle und private Verdrängung wieder ein, die von dem hinreichend berechtigten „Verein für das Deutschtum im Ausland“ betrieben wird, der bei solchen Gelegenheiten immer wieder als ein bloßer „Verein für den blödesten Nationalismus im Inland“ entlarvt wird. Daß an der Spitze dieses Verhetzungsklubs der ehemalige Reichswehrminister Geßler steht, ist besonders interessant; denn Reichswehrminister, in und außer Dienst sind besonders an der nationalistischen Verhetzung ihrer Volksgenossen interessiert.

Das Verbrechen der Ausgewiesenen bestand zum Beispiel darin, für die Kommunistische Partei Gelder gesammelt zu haben oder kommunistische Zeitungen und Versammlungen durch Aufsätze oder Reden unterstützt zu haben.

Vielleicht noch empörender, wenn das überhaupt möglich ist, haben sich die Polizeibehörden gegen den bekannten pazifistischen Schriftsteller Lehmann-Rußbült benommen, dem sie seinen Auslandspaß abgenommen haben, und zwar mit der Begründung, daß seine Propaganda „mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches nicht vereinbar“ sei, „weil sich Deutschland gerade jetzt in schwerem politischen Kampf um die Anerkennung und Effektuierung seines aus dem Versailler Friedensvertrag gefolgerten Rechtes auf die der deutschen entsprechende Abrüstung der Siegerstaaten befindet“.

Die Propaganda für den Frieden und der Kampf gegen die internationale Mordindustrie, den auch Lehmann-Rußbült führt, ist also, wie Generale und Polizisten ausgeheckt haben, ein Hemmnis für die Abrüstung. Man muß sich fragen, was an dem Akt widerlicher ist, die Tatsache selber oder die Stieseligkeit ihrer Begründung. Dazu kommt der Eindruck, den eine solche Aktion auf das Ausland machen muß: Jeder Unbefangene kann daraus nur schließen, die deutsche Regierung ist an einer Propaganda für den Frieden uninteressiert, und das heißt positiv: sie ist interessiert an Kriegshetze.

In der Tat ist die Kriegsgegnerschaft der deutschen Reichsregierung mindestens umstritten. Sie setzt sich für nichts so eifrig ein, wie für Gleichberechtigung in Rüstungsfragen, „Umbau“ der Reichswehr, Wehrsport und Wehrhaftmachung der Jugend und ähnliche überflüssige Einrichtungen.

Das Gegenstück zu der Behandlung sozialistischer „Ausländer“ und pazifistischer Inländer ist die traurige Rolle, die der Ausländer Adolf Hitler unter den Augen der Reichsregierung und auch der „Berliner Börsen-Zeitung“ spielen darf, die erst jetzt wieder in dem bei ihr bekannten Kaschemmenton über pazifistische „Volksschädlinge“ schreibt. Wenn jemals ein Mann verdient hätte, für anständige Leute erledigt zu sein, dann war dies Adolf Hitler, der offen in ungezählten Fällen Mordtaten seiner Parteikumpans öffentlich praktisch deckte, so z. B. in Hamburg und Potempa, und der an Hilfe bei der Verwirrung des politischen Lebens, und politischer Ehrbegriffe wirklich das Menschenmögliche geleistet hat. Es ist ein Beweis für die völlige Rechtlosigkeit von Sozialisten innerhalb Deutschlands, daß dieser hysterische „Führer“ von Mordbrennern unbeteiligt gelassen wird, während man Sozialisten das Sammeln für ihre Partei ver-

Aus dem Nazifeme-Sumpf.

Wo bleibt die Anklage gegen Hitler?

Die Sektion der Leiche des ermordeten SA-Mannes Hentsch ergab grauenhafte Einzelheiten über die Brutalität, mit der die Fememörder ihr Opfer abschlachteten. Hentsch war an Händen und Füßen so gefesselt worden, daß die Stricke trotz der dazwischen befindlichen Kleidungsstücke tief ins Fleisch einschnitten. Die Leiche zeigt furchbar verzerrte Gesichtszüge, denn der Gefesselte wurde aus nächster Nähe mit drei Schüssen „erledigt“, von denen einer durch Zerreißen einer Lungenschlagader den Tod herbeiführte.

Ebenso feige und gemein wie der Mord selber, ist das Verhalten der verantwortlichen nationalsozialistischen Stellen. Nicht nur, daß von der Nazi-Presse glatt abgeleugnet wird, daß irgend ein Vergehen von Mitgliedern der NSDAP vorliege, obwohl die flüchtigen und von der Staatsanwaltschaft steckbrieflich verfolgten Täter heute noch der SA angehören, zu einer Zeit, da das sächsische Justizministerium bereits einen Auslieferungsantrag an die zuständigen Reichsstellen zur Weiterleitung an die italienische Regierung übermittelt hat, sondern

schreiben: „Der jetzige Fund seiner (des Hentsch) Leiche dürfte zur Aufdeckung eines der schauerlichsten marxistischen Verbrechen des letzten Jahres führen!“

Aber diese Gemeinheit wird der NSDAP nichts nützen; der Skandal stinkt zu sehr zum Himmel, so daß es nicht mehr verheimlicht werden kann. Selbst die anscheinend hervorragenden Beziehungen des Leiters des nationalsozialistischen „Geheimdienstes“ (zur Bezeichnung anderer Parteien und Verbände und — nicht zuletzt — der eigenen Parteimitglieder), Dr. Kennecke, zum Dresdener Polizeipräsidenten konnten das Bekanntwerden des wahren Sachverhalts nicht mehr aufhalten.

Es ist gut, daß bei dieser Gelegenheit auch der Sumpf bei der Dresdener Polizei sichtbar wird, deren Verschleppungsmanöver die späte Aufklärung des Verbrechens und die Flucht des vermutlichen Haupttäters Schenk ermöglichten. Schenk war ebenfalls Mitglied des „Geheimdienstes“, dem der ermordete Hentsch eine Zeit lang angehörte. Dabei bekam Hentsch wohl so tiefe Einblicke, daß man nach seinem Ausscheiden aus dem „Geheimdienst“ seine radikale Mundtotmachung wünschte. Der vermutliche Mörder Schenk gehörte längere Zeit der Reichswehr an.

AUS DEM INHALT:

Kapitulation vor dem Pöbel.
Die finanzielle Tragödie der Gemeinden.
Christian Georgiewitsch Rakowski.
O du fröhliche ...
„Frohes Rechnen“.
Britisch-Indien in der Krise.

Wie inzwischen bekannt wurde, befinden sich die geflohenen Täter in Italien (wahrscheinlich in Bozen),

was der Staatsanwaltschaft angeblich schon längere Zeit bekannt war, ohne daß sie es bisher für nötig hielt, ein

Erst durch die Kritik in der Öffentlichkeit kommt jetzt mehr Nachdruck in das Untersuchungsverfahren. In Italia bestehen anscheinend richtige

Mörderasyle der Nazis.

Der Polizei und den linksstehenden Zeitungen wird darüber von ehemaligen SA-Leuten Material in Menge angeboten. Wenn man solchen Mitteilungen verärgerter ehemaliger Nazis gegenüber auch vorsichtig sein muß, so ist doch zweifellos nicht alles aus den Fingern gesogen, und es muß endlich einmal eine genaue Untersuchung und Nachprüfung all dieser Behauptungen gefordert werden. Interessant sind dabei vor allem

die Fäden, die zum Münchener Braunen Hause gehen.

Es ist einfach unmöglich, daß Hitler und sein engerer Stab nichts von diesen Mord-Organisationen gewußt haben. Hat sich nicht Hitler seiner Zeit offen hinter die Mörder von Potempa gestellt? Hat er nicht selber vor dem Reichsgericht in Leipzig vom „Körperrollen“ gesprochen? Davon gibt uns der Mord an Hentsch jetzt ein schauerliches Bild!

Das deutsch-französische Handelsabkommen.

—t. In dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von einem Monat haben sich die deutschen und französischen Unterhändler auf ein Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag vom 17. August 1927 geeinigt. Die Gefahr, daß dieser sowohl für die deutsche als auch für die französische Wirtschaft wichtige Handelsvertrag überhaupt verschwindet, ist damit zunächst abgewehrt. Frankreich wollte ursprünglich die völlige Beseitigung aller Tarifbindungen; die französischen Unterhändler haben diese Forderung als grundsätzliche Forderung jedoch fallen lassen.

Allerdings sind etwa 40 Positionen des Zolltarifs von der Meistbegünstigung ausgenommen; sie sind, wie man hört, im allgemeinen nicht besonders wichtig; es handelt sich dabei zum Teil um Produkte, die, wie Bananen, in keinem der beiden Länder produziert werden. Auch die von der Meistbegünstigung ausgenommenen 40 Positionen sollen später auf die Meistbegünstigungsliste gesetzt werden können, wenn sie an Bedeutung gewinnen.

Der Dauerwert des Vertrages wird allerdings dadurch stark gemindert, daß

jede Vertragspartei das Recht erhält, einzelne oder mehrere Positionen des Zolltarifs mit vierzehntägiger Frist zu kündigen.

bieten möchte und es ihnen jedenfalls unmöglich macht, soweit sie Ausländer sind. Wir betonen an dieser Stelle, daß wir uns schämen, einem Volk anzugehören, in dem derartige niederliche Sitten herrschen, und in dem die Zustände aus der Zeit des Sozialistengesetzes längst wieder eingekehrt sind. Hoffentlich kehren auch die entsprechenden Gegenschläge der Arbeiterschaft wieder ein, Gegenschläge, die dem nationalistischen Goldlichter, das wir hier nicht mit Namen zu nennen brauchen, endgültig den Laufpaß geben.

Die Gegenseite darf in diesem Fall Ausgleichsverhandlungen verlangen, falls ihr die ausgesprochene Kündigung unbillig erscheint. — Es ist also möglich, daß Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland mit allen dabei gegebenen Reibungsmöglichkeiten geradezu eine Dauererscheinung werden.

Die Hugenberg-Leute schreiben bereits, das Zusatzabkommen lasse die Möglichkeit offen, Zug um Zug zu handeln, sie übersetzen selber: „jede Freundlichkeit mit einer anderen Freundlichkeit und jede Unfreundlichkeit mit einer anderen Unfreundlichkeit zu beantworten!“

Gleichzeitig mit dem Zusatzabkommen zum Handelsvertrag ist ein Devisenabkommen unterzeichnet worden. Dem deutsch-französischen Warenverkehr werden dadurch ähnliche Erleichterungen geboten, wie sie im Verkehr Deutschlands mit Italien und Schweden bereits bestehen. — Eine Erhöhung der Devisengrenze für den Touristenverkehr wird von der französischen Fremden-Industrie lebhaft begrüßt.

Die französische Regierung wollte von gewissen Bestimmungen und Zollbindungen frei kommen, um dann ihrerseits aus der Zwangsjacke der Kontingente herauszukommen. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß die Kontingentspolitik nun durch eine Zollhöhpungspolitik ergänzt und verschärft wird. Es ist aber fast wahrscheinlich, daß die Franzosen nunmehr die Kontingentspolitik, mit der sie keine guten Erfahrungen gemacht haben, abbauen. Sobald sich zeigt, daß das deutsch-französische Zusatzabkommen zum Handelsvertrag den Weg dazu freigemacht hat, können wir es als eine gute Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz bezeichnen. Vorläufig halten wir mit unserem Urteil lieber zurück.

Nach der „Gleichberechtigung“ die „militarisierte Zone“.

Der kleine Finger und die ganze Hand.

H. M. Nachdem am 11. Dezember das Genfer Abkommen über die Gleichberechtigung Deutschlands in der Wehrfrage unterzeichnet worden ist, ist es stiller geworden um das Rüstungsproblem. Noch einige Tage lang stritten sich deutsche und französische Auslegungskünstler um den Inhalt des Genfer Abkommens. Dann legten sich auch diese Wogen, und jetzt murmeln nur noch die leichten Wellen Neurathscher Aufsätze (soeben in „Velhagens und Klasings Monatsheften“) über den heißen Boden der Rüstungsfrage. Da Neurath in diesen Aufsätzen lediglich für die Verwirrung der Begriffe Propaganda macht (indem er die Verstärkung der Wehrmacht, wenn es sich um die deutsche Reichswehr handelt, nicht, wie sonst üblich, mit dem Wort „Aufrüstung“ bezeichnet, sondern den Ausdruck „Umbildung“ einzuführen wünscht), machen sie weder im Inland noch im Ausland viel Eindruck. Daß in anderen Ländern das Problem der Abrüstung in den Hintergrund getreten ist, hat verschiedene Ursachen. Erstens wirkt es allgemein beruhigend, daß man die redseligen Deutschen zum Schweigen gebracht hat. Frankreich hat zudem vollauf mit der Schuldenfrage und der Kabinettskrise, ferner mit seinen eigenen Finanz- und anderen innenpolitischen Fragen zu tun. Amerika wartet auf seine neue Regierung. England hat keine Ursache, sich mit der Abrüstung zu beschäftigen, solange es von Frankreich und Amerika nicht dazu gezwungen ist; außerdem entstand in London das Problem, wie man sich mit der persischen Regierung über den Oelkonflikt verständigen könne.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß in dem Genfer Fünf-Mächte-Abkommen zwar der Grundsatz der deutschen Gleichberechtigung anerkannt wird, daß in dem Abkommen aber über die konkrete Ausführung dieses Grundsatzes kein Wort enthalten ist. Und schließlich ist auch der Grundsatz der von Frankreich geforderten Sicherheit in dem Abkommen enthalten.

Wie erklärt sich in diesem Fall das Siegesbewußtsein der deutschen Regierung über dieses Abkommen? Zunächst wohl so: Schleicher war eben deutscher Reichskanzler geworden und bemühte sich eifrig, die Herzen aller vaterlandsliebenden Staatsbürger zu erobern, möglichst auch die Herzen der Genfer Diplomaten. Daß Schleicher mit der Durchsetzung der Gleichberechtigungsforderung schon über den Berg ist, über den starren Berg des Versailler Vertrages und der französischen Sicherheitsforderung, das bildet er sich wohl selber kaum ein. Aber warum sollen es sich andere nicht einbilden und ihm, dem „klugen“ Staatsmann, dafür danken, daß er ihnen die schwere Last der „Ketten von Versailles“ etwas erleichtert? Die demokratische und Zentrums-Presse fand denn auch die erwarteten warmen Worte für den ersten außenpolitischen Erfolg des neuen Kanzlers.

Es gibt allerdings eine andere Presse, die weder sich noch ihren Lesern etwas darüber vormacht, daß das Genfer Abkommen vorläufig noch ein ziemlich leeres Gefäß ist, das mit mancherlei Dingen, mit Paragraphen, aber auch mit Kanonenkugeln, gefüllt werden kann. Eine Vertreterin dieser Presse ist die „Berliner Börsen-Zeitung“, die Kanonenkugeln als Füllmaterial vorzieht. Reichskanzler — General von Schleicher (der angeblich die Redakteure dieser Zeitung nicht lediglich von Presseempfinden her kennt) mag es in Genf durchsetzen, daß die Reichswehr „umorganisiert“ wird, daß z. B. in Deutschland eine Miliz eingeführt wird, er mag sogar die Erlaubnis zum Erwerb einiger Tanks und Kanonen bekommen; all das ist nicht ausgeschlossen, und viel weiter reichen die finanziellen Mittel zur Aufrüstung sowieso nicht. Aber, so sagen sich die Herren von der „BBZ“, das ist doch noch lange keine Gleichberechtigung. Und nachdem sie ihre skeptischen Äußerungen über den Wert des Genfer Abkommens abgestellt haben, sind sie mit einer neuen Forderung auf den Plan getreten:

Entweder Aufhebung der entmilitarisierten Rheinzone, oder Einrichtung einer gleichen Zone auf der französischen Seite der Grenze!

„Auf deutscher Seite ... sind die Festungen geschleift, eine 50 Kilometer breite Zone ist entmilitarisiert, jedes Schutzes beraubt. Es sollte kein Tag vergehen, an dem nicht jeder Deutsche wenigstens einen Augenblick lang an die

Schande von Versailles denkt!“ Daß die Franzosen, die die deutsch-französische Grenze mit den modernsten Festungsanlagen bebaut haben, sich nicht bereit erklären werden, den ganzen Kram wieder abzureißen, ist von vornherein sicher. Also ...!

Wenn eine Zeitung wie die „BBZ“ solche Forderungen in einer Nummer hervorbringt, so mag man darüber hinwegsehen können; denn was wird in der „BBZ“ nicht verurteilt von dem, was durch den Versailler Vertrag bestimmt worden ist? Aber wenn eine solche Forderung Tag für Tag erhoben wird, wenn man in jeder Nummer dieser Zeitung eine Notiz oder einen Bericht oder einen Leitartikel lesen kann, in dem darauf hingewiesen wird, daß die französischen Kanonenrohre weit in deutsches Gebiet hereinragen, daß „wir“ den Franzosen hilflos ausgeliefert sind, daß das deutsche Rheinland ein Exerziergebiet des „Feindes“ ist u. s. w., so kann man nicht umhin festzustellen: Die Sache hat Methode! Das ist ein Gespräch für Genf „mit Voranmeldung“!

Herriot fordert Parteidisziplin.

Auf einer Fraktionssitzung der Kammerabgeordneten der radikalsozialistischen Partei hat Herriot erklärt, er würde an diesen Sitzungen nicht eher wieder teilnehmen, als seine Untersuchung über die Uneinigkeit der Fraktion bei der Abstimmung über die Schuldzahlung an USA, die zu Herriots Sturz geführt hat, vorgenommen worden ist. Bekanntlich haben einige radikalsozialistische Abgeordnete gegen die Regierung gestimmt. Herriot sagte, diese Uneinigkeit sei auf politische Manöver innerhalb der Partei zurückzuführen, deren Ursprung festgestellt werden müsse. Es handelt sich anscheinend um den linken Flügel der Partei, gegen den Herriot sich hier wendet.

Weiter wurde bei der Aussprache festgestellt, daß der radikalsozialistische Abgeordnete Bergery, zusammen mit dem SP-Abgeordneten Vincent Auriol, vor der Abstimmung eine Unterredung mit dem englischen Botschafter in Paris gehabt haben, um sich über die Haltung der britischen Regierung zu unterrichten. Bergery erklärte sich bereit, einen Bericht über diese Unterhaltung zu geben, falls die beiden anderen Gesprächspartner dagegen nicht einzuwenden hätten.

Die Oesterreich-Anleihe in Frankreich genehmigt.

Nachdem die Regierung die Annahme der Oesterreich-Anleihe zu einer Vertrauensfrage gemacht hatte, wurde sie von der Kammer mit 352 gegen 188 Stimmen gebilligt. Im Laufe der Debatte über die Anleihe sprachen u. a. auch Paul-Boncour und Herriot. Herriot erklärte, daß für Oesterreich mit der Anleihe der Anschluss an Deutschland zu vollziehen. Dieser aber sei gefährlich. Paul-Boncour sagte, das Protokoll von Lausanne, in dem Oesterreich die Anleihe versprochen wurde, sei eine Folge des Protokolls von 1922. Alle Hoffnungen auf eine Wiedergesundung Mitteleuropas würden in Frage gestellt werden, wenn die Anleihe nicht gebilligt werden würde; man wisse, daß die wirtschaftliche Notlage zu allerhand kriegerischen Versuchen führen könne.

Das erste Haushaltszwölfteil für das nächste Finanzjahr ist vom französischen Senat gebilligt worden.

Die Ernennung des radikalsozialistischen Senators Henri de Jouvenel zum französischen Botschafter in Rom ist offiziell bekanntgegeben worden. In Rom wird hierzu bemerkt, daß die Ernennung eines Mannes wie Jouvenel, der einmal Kommissar in Syrien war und in Frankreich eine bedeutende Rolle spielt, darauf hinweist, daß die französische Regierung dem Posten des Botschafters in Rom viel Bedeutung zumißt.

Eine Sonderabteilung für Auslandspropaganda ist von dem französischen Außenministerium ins Leben gerufen worden. Die Abteilung soll die Weltöffentlichkeit über die wirkliche Lage in Frankreich aufklären.

Gerade diese Art von Gesprächen haben die Franzosen gefürchtet. Daß die deutschen Generale nicht innerhalb einer kurzen Zeitspanne genügend Geld aufbringen können, um aus der Reichswehr eine Konkurrenz für die französische Wehrmacht zu machen, darüber war sich die französische Regierung bestimmt nicht im Unklaren. Aber weit größer noch schien die Gefahr, daß die deutsche Regierung, wenn man ihr erst den kleinen Finger gereicht hat, die ganze Hand Macht der Reichswehr wächst, desto robuster werden ihre Vertreter in Genf auftreten, desto mehr nähern wir uns dem Zustand von 1914.

Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß eine Entmilitarisierung der deutsch-französischen Grenze, auch auf der anderen Seite, wünschenswert wäre. Aber die Gefahr eines Konflikts ist jedenfalls geringer, wenn nur auf der einen Seite der Trennungslinie Kanonen stehen, als wenn nun auch auf der deutschen Seite welche aufgebaut würden. Da es gerade die deutsche Armee war, die 1914 die Grenze und die Neutralität Belgiens verletzt hat, ist die Entmilitarisierung des deutschen Grenzgebiets jedenfalls keine unbepflichtete Forderung solcher Leute, die eine Wiederholung des Krieges verhindern wollen.

Um die Freilassung von Mann und Llewellyn.

Lansbury, der Führer der Labour Party, ist zu MacDonald nach Lissiomouth gefahren, um ihm die von der Labour Party und den Gewerkschaften gestellte Forderung der Freilassung der beiden kommunistischen Führer Mann und Llewellyn zu überbringen. MacDonald hat im voraus erklären lassen, daß er niemanden zu empfangen wünsche.

Erste Probe für die russisch-polnische Verständigung, die soeben durch Nichtangriffspakt und Schlichtungsabkommen besiegelt worden ist: In der Grenzecke bei Chotin, wo russisches, polnisches und rumänisches Gebiet zusammenstoßen, kam vor einigen Tagen ein russisches Flugzeug über polnisches Gebiet und wurde dann von drei polnischen Flugzeugen verfolgt. Eine russische Staffel von drei Maschinen kam zu Hilfe. Schießerei. Das russische Flugzeug wurde abgeschossen. Die beiden Insassen sind tot.

Neufundland unter Finanzkontrolle.

Die englische und die kanadische Regierung haben beschlossen, der neufundländischen Regierung eine Anleihe in Höhe von 300 000 Pfund zur Abdeckung ihrer am 1. Januar fälligen ausländischen Schuldenverpflichtungen zu gewähren. An die Gewährung der Anleihe werden verschiedene Bedingungen geknüpft, deren wichtigste die Einsetzung eines gemischten englisch-kanadisch-neufundländischen Kontrollausschusses zur Ueberwachung der Finanzlage in Neufundland ist.

Neufundland hat ein neues Parlament.

Im neufundländischen Parlament ist ein Antrag des ehemaligen Justizministers Joneson eingebracht worden, in dem die Beschlagnahme aller Einkommen über 8000 Kronen für die Dauer von drei Jahren als Maßnahme zur Krisenbekämpfung gefordert wird. Da Joneson sehr einflußreich ist und seine Partei, die Bauernpartei, in der Regierung vertreten ist, besteht die Möglichkeit, daß der Antrag angenommen wird.

Der König von Bulgarien hat den bisherigen Ministerpräsidenten Muschanoff mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

„Alle Schwierigkeiten für das japanische Kapital in der Mandchurie sind durch besondere Verordnungen aufgehoben worden.“ Dieser Satz aus einer amtlichen Meldung der mandchurischen Regierung trifft offenbar des Pudels Kern. In der Meldung ist im übrigen mitgeteilt, daß die Regierung von Mandchukuo alle in der Mandchurie ehemals gültigen, von chinesischen Regierungen erlassenen Gesetze aufgehoben hat.

Das japanische Kriegsministerium hat einen neuen nationalen „Verteidigungs“-Plan aufgestellt, der die japanische Armee auf die Höhe „der anderen großen Mächte“ bringen soll — eine Maßnahme, die die „Verteidigung“ gegenüber den Chinesen sicher nicht erforderlich wäre.

Christian Georgiewitsch Rakowski.

Wir meldeten bereits, daß Rakowskis Verbannung nach Sibirien um drei Jahre verlängert worden ist. Das gibt uns Veranlassung, an die Arbeit dieses Menschen zu erinnern, dessen ganzes Leben von seiner Gymnasialzeit an der revolutionären Arbeit gehört hat. Die folgenden Abschnitte entnehmen wir dem Buch seines Freundes und Kampfgenossen Trotzki: „Mein Leben.“

„Ch. G. Rakowski ist eine der internationalsten Gestalten in der europäischen Bewegung. Ein Bulgare der Abstammung nach, aus der Stadt Kotel, dem Herzen Bulgariens, aber rumänischer Untertan dank der Balkankarte, französischer Arzt der Bildung nach, Russe durch seine Verbindungen, Sympathien und literarischen Arbeiten, beherrscht Rakowski alle Balkansprachen und vier europäische, hat sich zu verschiedenen Perioden aktiv am Leben von vier sozialistischen Parteien beteiligt — der bulgarischen, russischen, französischen und rumänischen —, um später einer der Führer der Sowjetföderation, einer der Begründer der kommunistischen Internationale, der Vorsitzende des ukrainischen Sowjets der Volkskommissare, der diplomatische Vertreter der Sowjetunion in England und Frankreich zu werden und schließlich das Schicksal der linken Opposition zu teilen. Die persönlichen Eigenschaften Rakowskis: ein weiter internationaler Horizont und ein tiefer, edler Charakter haben ihn bei Stalin besonders verhaßt gemacht, da dieser gerade die entgegengesetzten Eigenschaften verkörpert.“

Im Jahre 1913 war Rakowski der Gründer und Führer der rumänischen sozialistischen Partei, die sich später der

Kommunistischen Internationale anschloß. Die Partei erlebte einen Aufstieg. Rakowski redigierte eine Tageszeitung, er finanzierte sie auch. Am Ufer des Schwarzen Meeres, unweit von Mangalien, hatte Rakowski ein kleines Erbgut, dessen Erträge zur Unterstützung der rumänischen sozialistischen Partei und einer Reihe revolutionärer Gruppen und Personen in anderen Ländern dienten. Drei Tage in der Woche verbrachte Rakowski in Bukarest, schrieb Artikel, leitete die Sitzungen des Zentralkomitees, trat in Versammlungen auf, beteiligte sich an Straßendemonstrationen. Dann eilte er mit dem Zug an das Ufer des Schwarzen Meeres zurück, brachte Bindfäden, Nägel und andere Gebrauchsgegenstände für das Gut mit, fuhr auf das Feld, kontrollierte die Arbeit des neuen Traktors, lief im städtischen Gehrock über die Furchen hinter ihm her und hastete tags darauf wieder zurück, um nicht ein Meeting oder eine Sitzung zu versäumen. Ich begleitete Rakowski auf einer Reise und bewunderte dessen überschäumende Energie, dieses Niemüden, die ständige geistige Frische und die freundliche Aufmerksamkeit gegen kleine Leute. Auf der Straße in Mangalien ging Rakowski im Gespräch mit den Kolonisten und Handelsagenten im Verlaufe von fünfzehn Minuten von der rumänischen zur türkischen, von der türkischen zur bulgarischen, dann zur deutschen und französischen Sprache über, um schließlich mit den vielen in der Umgegend lebenden russischen Skopzen (eine Sekte) Russisch zu sprechen. Er unterhielt sich als Gutsbesitzer, als Arzt, als Bulgare, als rumänischer Untertan und am häufigsten als Sozialist. So ging er vor meinen Augen wie ein Wunder einher, durch die Straßen des weitentlegenen, sorglosen, trägen Seestädtchens. Und in der Nacht jagte er schon wieder zum Kampfplatz. Er fühlte sich überall wohl und heimisch, in Bukarest, Sofia, Paris, Petersburg oder Charkow.“

Die Fuchs-Photographie.

H. Lt. In der Nähe von Deggendorf (Niederbayern) entdeckte ein Jagdpächter, daß er in einem Fuchswesen einen großen, starken Fuchs gefangen hatte. Statt das gequälte Tier nun wenigstens schnell zu töten, lief der Jagdpächter erst nach Hause, um seinen Photoapparat zu holen und das Opfer seiner Mordgier zu photographieren. Zu Hause in der guten Stube angebracht hätte das Bild des hilflos zappelnden Fuchses sicherlich die christliche Erziehung der Kinder und Kindeskinder wirkungsvoll ergänzt. Doch als der Jagdpächter zurückkehrte, fand er nur noch die im Eisen eingeklemmte Vorderpfote des Tieres vor. Der Fuchs hatte sich den Vorderlauf abgebissen und war entwichen. Verstümmelt, aber freil!

Bruchsicheres Glas.

Ks. Russische Forscher haben, wie jetzt aus Rußland mitgeteilt wird, ein Verfahren zur Herstellung von unbedingt bruchsicherem Glas ausgearbeitet.

Die daraus angefertigten Scheiben haben eine außerordentliche Widerstandskraft und Elastizität. Nach den ausgeführten Versuchen ist das neue Glas geradezu unverwundlich, und widersteht selbst den heftigsten Zusammenstoßen, ohne zu splintern. Schlimmstenfalls reißt das Glas wie Pappe.

Wenn es gelingt, dieses Glas billig genug herzustellen, wäre seine Verwendbarkeit für Verkehrsmittel ideal.

Auch die Amerikaner haben mit ihren Versuchen, unzerbrechliches Glas herzustellen, neue Fortschritte gemacht. Sie erzeugen jetzt Glasarten, die zur Herstellung von Möbeln geeignet sind, wenauch noch nicht unbegrenzt. Vor allem werden bisher Betten, Schränke und Büffets produziert. Dem flüssigen Glas können gleich Farben beigegeben werden, sodaß die Möbel auch bunt zu liefern sind.

Ein Vorschlag für den Freiwilligen Arbeitsdienst.

Der stellvertretende Direktor des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaues (einer in ihren wirtschaftspolitischen Forderungen dem Landbund nahestehenden Organisation), Professor Ebert, hat folgenden Vorschlag für den FAD veröffentlicht:

„In weitem Umfang krankt der deutsche Obstbau am Straßenobstbau, weil die Straßenobstbäume vielfach von den Kommunen aus Mangel an Mitteln nicht so gepflegt werden, wie es sein müßte. Bäume und Früchte sind abschreckende Beispiele für die Umgebung und für den Markt. Hier scheint sich folgende Möglichkeit für arbeitslose Gärtner im Rahmen des FAD zu ergeben:

In den in Frage kommenden Gebieten werden den in Arbeitslagern gesammelten Arbeitsfreiwilligenkolonnen besondere Kolonnen von 6 bis 10 Gärtnern angegliedert. Diese Kolonnen erhalten den Auftrag, die Gemeinde- und Straßenobstanlagen im Wirkungsbezirk ihres Lagers gründlich zu „überholen“, d. h. minderwertige Bäume ganz zu entfernen, einen gründlichen Kronenschnitt, auch im Sinn einer starken Verjüngung alter Bäume, Stämme und Äste abkratzen und, wo entsprechende Mittel zur Verfügung stehen, eine gründliche Karbolinbehandlung, bei knappen Mitteln einen sorgfältigen Kalkanstrich vorzunehmen. Im Frühjahr kann sich gegebenenfalls das Umpfropfen ungeeigneter Sorten anschließen. Es kommt nur das Arbeiten in geschlossener Kolonne in Frage. Die Arbeit erfolgt unter Oberaufsicht des zuständigen Kreisobstbauinspektors, der die Kolonne praktisch ausbildet und zugleich nach der Dienstzeit Unterricht erteilt.

Dieser Vorschlag bedeutet:

für den Beruf: Schaffung geregelter Berufsarbeit für arbeitslose Berufsangehörige ohne Gefahr, ändern die Arbeitsmöglichkeit zu nehmen. Gründliche praktische und theoretische Schulung des Nachwuchses im Obstbaumschnitt und in der Obstbaumpflege, die den meisten Gärtnern fehlt. Säuberung zahlreicher Krankheits- und Schädlingherde. In der Folge: Rückgang des Angebots minderwertigen Obstes, das den Markt belastet;

für die zuständigen Fachbeamten: beziehungsweise wo solche Fehlen, für die im Obstbaumschnitt gut erfahrenen Fachleute (z. B. Landschaftsgärtner), die sich dem Lager zur Aufsicht der Arbeiten und Schulung zur Verfügung stellen, die Möglichkeit, im geschlossenen Arbeitsgang eine gründliche Ueberholung des Baumbestandes an Straßen und in Gemeindegärten durchzuführen, für die sonst Mittel nicht zur Verfügung stehen;

für die Kommunen: Wiederherstellung von vorhandenen, aber vernachlässigten Werten. Ergeben sich aus dieser Arbeit bessere Einnahmen aus besserem Obst, so werden sie auch in Zukunft eher geneigt sein, Ausgaben für die Pflege der Bäume und Früchte zu bewilligen. Anregung für die Ortsinsassen und anliegenden Besitzer, auch ihrerseits die notwendige Baumpflege vorzunehmen, woraus sich gleichzeitig für die ortsansässigen Gärtner neue Arbeitsmöglichkeiten ergeben;

für die Volkswirtschaft: Erhaltung und Verbesserung großer Werte an Obstbaumbeständen, die sonst wertlos werden. Bereinigung der Märkte von minderwertigem Obst. Bessere und daher hochwertigere Ernten;

für den FAD: Beibehaltung der erfahrungsgemäß bewährten Zusammenfassung der Freiwilligen in Arbeitslagern mit aus anderen Berufen stammenden Freiwilligen. Kolonnenarbeit. Volkswirtschaftlich zweckmäßige Auswertung beruflicher Vorbildung. Die Kolonnen können gegebenenfalls bei Erledigung der Arbeit im Bezirk eines Lagers geschlossen in ein anderes Lager abgegeben werden. Geringe Aufwen-

dungen für Arbeitsgeräte u. s. w. Winterarbeit. Berufliche Schulungsmöglichkeit. Stärkung des Empfindens bei den Freiwilligen, volkswirtschaftlich wertvolle Arbeit zu leisten. Zusätzliche produktive Arbeit.“

Soweit der Vorschlag von Professor Ebert, gegen den stichhaltige Gründe wohl kaum erhoben werden können. Hier ist eine Aufgabe, die die Freien Gewerkschaften, namentlich

der Gesamtverband, Gruppe Gärtner, und der Landarbeiter-Verband, aufgreifen sollten.

Zu fordern wäre noch, daß der Löwenanteil des erhöhten Gewinnes, der sich nach der „Ueberholung“ der Obstbäume erzielen läßt, nicht den Pächtern oder den Händlern zu Gute kommt. Das gute Obst, das an diesen Bäumen geerntet wird, könnte den vielen Erwerbslosen, die sich dies wichtige Nahrungsmittel kaum oder in ganz geringen Mengen kaufen können, zu wirklich erschwinglichen Preisen gegeben werden. E—t.

O du fröhliche . . .

A. K. Selbst am ersten Weihnachtstage ist der „FUNKE“ da. Natürlich muß er unter die Leute gebracht werden. Merkwürdig, wie stark die Weihnachtsgefühle in einem sind! So gar heute auf Agitation gehen!

Aber hungern nicht auch heute Tausende unserer erwerbslosen Klassengenossen? Sind die Kerkermauern, hinter denen so mancher Prolet sitzt, weil er sich gegen die unerträgliche Knechtschaft einer von Gott gewollten Ordnung aufgelehnt hat, heute weniger kalt und drückend? Oder gewährt uns heute der Klassenfeind einen Waffenstillstand? — Nein! Gerade heute ist jede Kanzel eine Kommandohöhe im Lager der nimmermüden Reaktion; aus allen Radio-Lautsprechern strömt das Gift, das die Reihen unserer kämpfenden Genossen zu zersetzen droht: die Botschaft der „Liebe“, der „Geduld“, der Verheißung eines besseren Jenseits.

Liebe und Geduld? — Etwa jenen Teufeln, deren Eigennutz nicht vor dem Blute unserer Väter zurückschreckte? — Auf ein besseres Jenseits warten? — Wer ist grausam und zynisch genug, die Blicke der Hungernden damit von den reichgefüllten Schaufenstern ablenken zu wollen?

Schon verschwinden die Weihnachtsgefühle. Haben jene heute Gottesdienst, auf denn zum Dienst am Sozialismus! —

Ich agitiere in einer Arbeiteriedlung. Der Erste, dem ich den „FUNKEN“ anbiete, kauft gleich. Dann geht es aber schlecht. Wohlfahrtserwerbslose haben wenig Geld. Sie sind oft mürrisch, wenn man von ihnen noch einen Groschen haben will. Das ist zu begreifen. Sie bekommen sehr wenig Unterstützung, weil sie ein kleines Häuschen haben und ein Fleckchen Land dazu. Aber als mir Arbeiter in der Kneipe sagten: „Wir haben kein Geld“, habe ich ihnen ärgerlich vorgeschlagen, lieber einen Groschen für eine ordentliche Arbeiterzeitung auszugeben, als die Brauereien zu unterstützen und obendrein noch einen schweren Kopf nach Hause zu bringen.

Es ging weiter. Einmal knurrt eine Arbeiterfrau über die Störung am Weihnachtstage. Ich sage ihr:

„Aber gerade Sie als Arbeiterfrau sollten ein Interesse daran haben, daß sich noch Menschen für die Arbeiterbewegung einsetzen.“ Ich wollte noch mehr sagen. Aber Christus in ihr war stärker als ihr Klassenbewußtsein. Schwapp, knallte die Tür zu, und ich stand auf der Straße.

Vor dem nächsten Hause steht gravitatisch ein Hund. Der knurrt auch. Dem biete ich ja den „FUNKEN“ nicht an. Immerhin tut er doch durch lautes Gebell sein Interesse für mich kund, und noch ehe sein Besitzer erscheint, hat er mich ziemlich derb ins Bein gebissen. (Dabei setzt sich gerade der „FUNKE“ immer so für die Tiere ein!) Mein Schimpfen scheint ihm nicht sonderlich zu imponieren. Erst als ich einen Holzpantoffel ergreife, der zufällig da liegt, rückt er aus. Eigentlich wollte ich ihm ja den Pantoffel ins Kreuz werfen. Ich habe es aber doch nicht getan. Wenn ich überhaupt getroffen hätte, hätte ich den Unrechten bestraft.

Nach einigem Pochen an der Haustür ließ sich dann endlich auch der Besitzer des Hundes blicken.

Die letzte Zeitung verkaufte ich bei einer Frau, die immer sagte: „Die Arbeiter haben ja selbst schuld.“ Ich habe geantwortet: „Gewiß, manches könnte besser aussehen,

wenn die Arbeiter sich einiger wären, wenn sie fleißiger und tapferer wären. Aber es hilft nichts, nur zu sagen: „Ihr habt ja selbst schuld!“ Das stimmt auch gar nicht. Erst wird dem Menschen durch Kirche und Schule, Zeitung und Radio das Rückgrat gebrochen, wird sein Verstand in Fesseln gelegt, nachher verlangt man von ihm, er solle vernünftig handeln, solle tapfer und kampftentschlossen sein. Schuld daran, daß die Arbeiter sich nicht endlich empören, daß sie oft so unbegreiflich kurzsichtig handeln, ist zum großen Teil gerade die Kirche. Sind Sie übrigens schon aus der Kirche ausgetreten? — Sie war noch nicht ausgetreten. Das gab dann ein feines Weihnachtsgespräch, an dessen Ende sie mir versprach, aus der Kirche auszutreten. Man muß also demnächst einmal nachfragen, wie es mit dem Austritt steht. —

Auf dem Nachhausewege dachte ich mir, daß eigentlich alle Freidenker, alle Sozialisten gerade an den kirchlichen Festtagen ausziehen müßten, um beim Klange der Glocken die Kirche aus der Arbeiterschaft herauszutreiben. Von Mund zu Mund sollte die Frage fliegen: „Bist Du schon aus der Kirche ausgetreten, Genosse?“ Und wenn jemand antwortet: „Nein!“, den sollte man nicht eher in Ruhe lassen, bis er seine Trägheit überwunden hat. Schwerer als der Gottesdienst ist freilich solch ein Dienst, aber ungleich schöner auch unser Ziel: der Sozialismus.

Eine erfreuliche Stimme zur Einheit.

Bg. Die sehr angesehene und in Gewerkschaftskreisen überall geachtete Zeitschrift „Gewerkschaftsarchiv“ bringt in ihrer Dezembernummer einen „Alarmaufsatz“ ihres Herausgebers Karl Zwing. Wir können den dort aufgestellten Forderungen durchaus zustimmen und wünschen nur, daß durch diesen Alarmruf auch weite Kreise der Gewerkschaftsfunktionäre, die der Forderung nach parteipolitischer Neutralität in den Gewerkschaften bisher wenig Verständnis entgegenbrachten, zum Nachdenken angeregt werden.

Es heißt in dem Aufsatz u. a.:

„Unserer Auffassung nach muß die Gewerkschaftsbewegung, wenn sie ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen will, eine überparteiliche Bewegung bleiben. . . Und auch heute, wo sich die Gewerkschaften selbst zum Anhängsel der sozialdemokratischen Partei herabwürdigten, geben sie einer überalteten, müden und vielfach nutzlos abgekämpften Partei erst das Blut und die Energien. . .“

„Dieser Alarm-Aufruf wendet sich warnend an die Gewerkschaftsführung, ihre bisherige sozialdemokratische Parteipolitik aufzugeben und dem Gebot der Stunde: Eine große überparteiliche proletarische Politik einzuleiten, Folge zu geben.“

„Sie wird zu wählen haben, das jetzige Anhängsel einer im Abstieg begriffenen politischen Partei zu bleiben und mit dieser Partei vor der Erfüllung ihrer eigentlichen geschichtlichen Aufgaben von der Bühne der Gesellschaftsentwicklung wieder abzutreten, oder: sich durch Einleitung einer echten und reinen proletarischen Politik zu dem großen proletarischen Block zu entwickeln, den unsere zerrissene, mit vielen Problemen geschwängerte Zeit wirklich braucht. — Hier, ADGB-Führung, zeige deine Kunst!“

BRUNO GLUCHOWSKI HOHLEN-KULIS REVOLTE AN DER RUHR

(44)

COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 19

Nur zwei Mann geben schwache Laute von sich, alle anderen sind hinüber. Er kriecht zu ihnen hin, spricht sie an. Mit leeren Blicken schauen sie ihn an, geben ihm unverständliche Antworten. Aus Ladewigs Tasche nimmt er Uhr und Kreide, schreibt an das Blechrohr unter die beiden Inschriften Ladewigs:

„2.25 Uhr. Zwei Mann, die bald hinüber sind, und ich, das sind die letzten von dreißig Kumpels, die hier auf ihren Tod warteten. Günther Gerling.“

Aufrecht geht er zu den beiden anderen zurück, sucht sie zum Sprechen zu bringen, vergebliche Mühe. Den einen und den anderen schüttelt er, kann aber keinen wieder zum Leben erwecken. Nun kriecht er zu allen umherliegenden Kumpels, ruft jeden an und schüttelt ihn. Alle bleiben stumm, er ist der einzige Lebende. Der Wahnsinn greift in sein Hirn, als er über die toten Kumpels klettert und mit ihnen spricht. Alles ist still, die Stille des schwarzen, schweigenden Todes in der Grube.

Irgendwo muß er in der Ecke kauern, vielleicht hinter dem Haufen Eisenschienen oder in der Bremskammer, oder hinter dem Wagen. Irgendwo muß seine Knochenfratze grinsen und seine Sinne ausholen zum tödlichen Schlag. Gellend schreit Günther Gerling auf, greift sich in die Haare, läuft ein Stück vorwärts, stolpert über Leichen. Neben dem toten Ladewig bleibt er liegen, schließt die Augen. Mit seinen Kumpels hat er gelebt, mit seinen Kumpels wird er sterben.

Bilder ziehen an seinem Geiste vorüber. Granaten kommen durch die Luft gefaucht, Dreck und Feuer spritzt auf, das Geschrei verwundeter Kameraden, das furchtbare Gebrüll zeretzter Sterbender geht in seinen Ohren; Krieg, Schützen-

grabenkrieg. Zerschossenes Haus in Frankreich, feldgraue Soldaten, die darin ihre müden Knochen austrecken, und aus einer Ecke das Wimmern eines kleinen Kindes, das man hier mitten im Kriege in seiner Wiege hat liegen lassen. Ein Kind wimmert, und die Mutter ist nicht da, und der Vater ist im Krieg. Ein Kind. Günther Gerling rafft sich auf. Auch er hat ein Kind, einen Jungen, der seit Ostern in die Schule geht. „Mein Junge“, murmelt er, reißt die Augen auf, durchbricht den Schleier, der sich über seine Gedanken gelegt und seinen Lebenstrieb eingedämmt hat. Neben sich sieht er ein Taschenbuch liegen, das dem toten Ladewig gehört. Er hebt es auf, setzt sich an den Stoß, reißt ein Blatt Papier heraus und schreibt:

„Frau Else Gerling, Annendorf, Stollenstraße 14.

Meine liebe Frau!

Drei Uhr ist es, ich lebe noch, allein von dreißig Mann. Um mich liegen nur Tote, Kumpels, mit denen mich im Leben alles verband. Gräßlich ist diese Stille und der Gedanke, daß sie vor Stunden noch gesund und kräftig waren, und daß ich nun auch bald so daliegen werde wie sie. Du, wenn ich Dich hier hätte und unseren kleinen Hans, das Sterben würde mir nicht so schwer. Für Deine Liebe und Deine treue Sorge um mich danke ich Dir, aber eine Bitte habe ich noch an Dich, ein Versprechen nehme ich Dir ab. Unser Junge, hörst Du, unser Hans, er darf unter keinen Umständen später einmal Bergmann werden. Ich will nicht, daß er mein Leben leben soll, ich will nicht, daß er vielleicht dereinst auch so sterben soll, wie ich sterben werde. Es ist furchtbar, dieser langsame Tod in der Grube, so keinen Menschen um sich haben, nach dem man sich sehnt. Zum letzten Male grüßt Dich
Dein Günther.“

Der Kopf wird ihm schwer, neigt sich ihm auf die Brust. Aber er will noch nicht sterben, kann es noch nicht. Zu stark ist sein Lebenstrieb und seine Körperkonstitution. Ein zweites Blatt reißt er heraus, beginnt zu schreiben:

„Rasch tritt der Tod den Menschen an, so heißt es in einem Gedicht. Es ist nicht wahr, hier im Kreise meiner Toten nicht. Langsam sind wir gestorben, Stück für Stück, und unsere Qual hat keiner gesehen und keiner gefühlt als

wir selbst. Wir, die wir die Last von 700 Meter dickem Stein auf uns tragen, wir, die wir die Kohlen zutage förderten, um den Menschen Wärme und Licht zu geben, wir sterben dahin, ohne Licht und ohne die Wärme der Liebe. Immer war es Nacht um uns, jetzt wird diese Nacht ewig dauern. Aber einst wird die Sonne aufgehen über dem Ruhrgebiet, über der ganzen Welt, werden die Menschen sich nicht gegenseitig auffressen in Haß und Raffgier, sondern alle Schätze der Welt gemeinsam genießen, wenn es keine Herren und Knechte mehr gibt, sondern nur noch freie Menschen in einem freien Gemeinwesen. Dann erst wird es sich lohnen zu leben, dann erst werden unsere Kämpfe Siegesfrüchte tragen. Meine Zeit ist um, meine Uhr ist abgelaufen. Ich werde es nicht mehr erleben, aber ich ahne es, dieses Land der Freiheit, für das unsere Väter und wir gelitten haben. Euch Genossen, die Ihr mich überlebt, rufe ich aus der Tiefe zu: Laßt allen Hader und alle Uneinigkeit fahren und kämpft gemeinsam für die große Sache, sammelt Euch unter die roten Sturmflaggen und erkämpft die Freiheit, wenn nicht für Euch, so doch für Eure Kinder. Alles werdet Ihr erringen, wenn Ihr einig seid, zu Boden tretet von Euren Feinden aber werdet Ihr, wenn Ihr weiterhin im Bruderzwist verharret und Arbeiter sich gegenseitig bekämpfen. Geschlossene Front aller Unterdrückten gegen die Unterdrücker, das muß Eure Parole für die Zukunft sein, und unter dieser Parole werdet Ihr siegen. Nehmet die letzten Grüße entgegen Eures Günther Gerling.“

Diese Zeilen überschreibt er: Letzte Mahnung an die Arbeiterschaft, zu übergeben an den Vorsitzenden des Betriebsausschusses der Zeche Westfalia.

Er kann nicht ruhig auf den Tod warten, es treibt ihn vorwärts, zu dem riesigen Steinhafen hin, der den Weg zum Schacht versperrt. Die Lampe zwischen den Zähnen, kriecht er auf Händen und Knien dorthin. Tod, wenn man ihn sich vorstellt, sagt man von sich selbst, daß man ihm als Mann begegnen wird, furchtlos und tapfer. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus, wenn man am Ersticken ist. Dann schlägt man mit den Armen um sich, dann kratzt man mit den Händen die Steine fort, um irgendwo Luft zu schaffen.

(Fortsetzung folgt.)

„Frohes Rechnen.“ / Eine Möglichkeit, auch in den Rechenunterricht Nationalismus einzuführen.

Es ist immer erfreulich, wenn es gelingt, durch Anwendung neuer pädagogischer Methoden den Kindern die Anignung trockenen Schulwissens interessant und lebendig zu gestalten. In dieser Hinsicht wäre das neue „Rechenbuch“, das den schönen Obertitel „Frohes Rechnen“ trägt, zu begrüßen. Das Buch enthält aber nicht nur eine witzige Methode, bei den Kindern Freude an der Lösung selbst schwieriger Rechenaufgaben zu wecken, sondern es zeigt auch eine geschickte Art, selbst den Rechenunterricht zur Weckung nationalistischen Geistes zu benutzen — womit die Herausgeber offenbar froh rechnen.

Gegen die ersten Abschnitte, die „Das Rechnen vom Hundert“, „Die Schlußrechnung“ und „Wirtschaftliches Rechnen“ behandeln, ist kaum etwas einzuwenden. Im Gegenteil: sie zeigen nicht nur die praktische Anwendung der verschiedenen Rechenmethoden, darüber hinaus sind auch einige Sätze von erfreulicher Tendenz eingestreut. So beginnt ein Abschnitt über den Alkohol mit dem Satz von Gladstone: „Der Alkohol richtet mehr Verwüstung an als Pest, Hungersnot und Krieg.“ Dann folgen Rechen-Aufgaben, die dem Schüler die verheerenden Folgen des Alkohols klarmachen. Auch sonst sind in dem ersten Teil dieses Rechenbuches mancherlei Dinge, z. B. eine Anleitung zur Nachprüfung der Lohnsteuer und der Versicherungsbeiträge, die man im späteren Leben ausgezeichnet gebrauchen kann.

Nachdem die Kinder sich mit Freude bis zur Errechnung des Haushaltplanes der Heimat-Gemeinde durchgearbeitet haben, beginnt der Abschnitt „Volk und Vaterland“. Zur Kennzeichnung trägt dieses Kapitel als Motto das Apostelwort: „Gebt also jedem, was ihr schuldig seid, Steuer, wem Steuer, Zoll, wem Zoll . . . gebührt!“ Ob das heißen soll, daß man sich nun einmal mit den unter diesem Worte aufgeführten Dawes- bzw. Young-Zahlungen abfinden müsse? Sehen wir weiter.

Jetzt folgt das Kapitel: „Versailles!“ Das Ausrufungszeichen, das diese Ueberschrift im Gegensatz zu anderen Ueberschriften zielt, erweckt schon die Aufmerksamkeit. Deutlicher zeigt sich der Geist, der diesen Abschnitt durchweht, in der nächsten Ueberschrift „Volk ohne Raum! Deutschlands Gebietsverluste.“ Jedes kleinste Fetzen Land, in dem seit Friedensschluß ein anderer Kapitalist als ein deutscher etwas zu sagen hat, wird hier aufgeführt. Und sei es nur 10 Quadratkilometer groß. Selbst die Kolonien werden mit herangezogen! Warum ließen die Verfasser hier nicht ausrechnen, wieviel Prozent in diesen Kolonien die weißen Ausbeuter von der Gesamtbevölkerung ausmachten und wieviel Prozent der Bevölkerung von dieser weißen Herrschaft ausgesogen wurde? Warum wird dem Schüler nicht gezeigt, wie das deutsche Volk, das angeblich ohne Raum ist, in Ostelbien noch über große Strecken Landes verfügt, die noch heute auf eine vernünftige Besiedlung warten. Warum erfährt der Schüler nicht, daß diese Gebiete größtenteils in den Händen weniger Großgrundbesitzer sind? Es wäre eine dankbare Aufgabe, ausrechnen zu lassen, wieviel Grund und Boden auf den einzelnen Großgrundbesitzer fällt. Aber dann würde der Schüler ja die Irreführung durch die Ueberschrift erkennen! Dann würde er sehen, daß noch viel Raum in Deutschland ist. — Ein Lichtblick: es sind auch die Kriegskosten pro Kopf auszurechnen. Dabei heißt es: „Da hätte wohl jeder ein stolzes Haus bekommen!“

Jetzt folgen die Aufgabenreihen „Die Kriegsschädigung“, „Reparationen“ und „Sachlieferungen an unsere ehemaligen Feinde“. Da soll ausgerechnet werden, wieviel von den Zahlungen auf jeden Einwohner bzw. Erwerbstätigen ent-

fällt, wie lange der Vater dafür arbeiten muß u. s. w. Im ganzen macht dieser Teil des Buches alles andere als den Eindruck einer damit beabsichtigten Erziehung zur Völkerversöhnung im Sinne des Artikels 148 der Reichsverfassung, dessen man sich heute allerdings weniger gern als des Artikels 48 erinnert. Sonst müßte der objektive Lehrer wohl auch die Kriegsschäden mit erwähnen, die z. B. Frankreich in erster Linie erlitten hat durch die Zerstörung seiner östlichen Provinzen, durch die sinnlose Verschrottung der dort vorgefundenen Industrieanlagen und durch die Vernichtung einer Zahl seiner Bergwerke, an deren Stelle Frankreich die Saargruben verlangte.

Oder sollen vielleicht die Abschnitte „Unsere Reichswehr“, „Deutschland und die Welt“ und „Der Deutsche in der Welt“ völkerversöhnend wirken? Im ersten dieser Abschnitte sehen wir, wie wenig Soldaten das arme Deutschland im Verhältnis zu den anderen Ländern hat und wie gut deren Grenzen im Vergleich zu denen des Deutschen Reiches geschützt sind. Hier verzichten die Herausgeber schon beinahe auf jede Rechenaufgabe. Hier lassen sie, z. B. unter dem Titel „Bis an die Zähne bewaffnet“, vielfach nur Zahlen sprechen. Und was für Zahlen! Da werden kühn und brav die Schweizer und die Luxemburger zu den Grenzdeutschen gerechnet! Wir empfehlen den Herren Lehrern einmal, einen sogenannten

Deutscheschweizer zu fragen, ob er sich zu den Grenzdeutschen zählt. Das Schulkind aber, das der Aufgabe entsprechend zusammengezählt hat, wieviel solcher Grenzdeutscher noch nicht das Vergnügen haben, unter der Papen-Diktatur zu leben, wird aufzufend feststellen, daß mehr als 32 Millionen „Grenzdeutscher“ unter fremder Herrschaft leben. Das soll es sich gefallen lassen? So schließt es denn, reif gemacht für die SA, das „Frohe Rechnen“ ab.

Ach, hier handelt es sich wohl um ein Lehrbuch, das für die Schulen der nationalsozialistisch regierten Länder wie Braunschweig, Mecklenburg, Thüringen u. s. w. gedacht ist? Ein Blick auf Titel und Verlag belehrt uns eines besseren. Stolz nennt sich das Buch „Rechenbuch für Rhein, Mosel und Saar“, herausgegeben von der katholischen Paulusdruckerei in Trier! Ein Lehrbuch also für die heranwachsende Zentrums-Jugend des westlichen Grenzgebietes! Ist es da verwunderlich, wenn eine elsässische Zeitung dazu schreibt:

„Doch genug der Beispiele über den Gedankengang dieses ‚Rechenbuches‘ für katholische Volksschüler in Deutschland. Sie zeigen und beweisen zur Genüge, wie schon die Elementarschule Propagandapflanzstätte werden muß für ein ‚Großdeutschland‘. Welche Blüten des pazifistischen Geistes muß erst ein Rechenbuch treiben, das in nationalsozialistisch regierten Ländern . . . den Volksschülern in die Hand gedrückt wird. . . Was muß erst den Schülern während der ‚Vaterländischen Geschichtsstunde‘ beigebracht werden!“
H. Lm.

Scharfe Kritik des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes am „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ der Reichsbahn.

Der Allgemeine Eisenbahner-Verband stellt fest, daß nach den soeben erschienenen amtlichen Zahlen der Reichsbahnverwaltung die Kopffzahl des Reichsbahnpersonals Ende Oktober 1932 nur noch 567 000 (Beamte und Arbeiter) gegenüber 676 000 beschäftigten Personen Ende Oktober 1931 beträgt. Der Personalbestand hat sich also binnen Jahresfrist um 109 000 Köpfe vermindert. Diese Verminderung hat inzwischen weitere Fortschritte gemacht, da in der erstgenannten Ziffer etwa 18 000 Zeitarbeiter einbegriffen sind, denen inzwischen größtenteils auch gekündigt worden ist. Die Öffentlichkeit hat an dieser Feststellung deshalb ein Interesse, weil die Reichsbahn wiederholt Mitteilungen über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm herausgegeben hat, das mit 180 Millionen Mark aus Steuergutscheinen und weiteren 100 Millionen Mark aus Krediten finanziert und seit dem 1. Oktober 1932 in Gang gesetzt werden sollte. Im Zusammenhang damit hat die Reichsbahngesellschaft angekündigt, daß sie rund 24 000 Arbeiter wieder einstellen werde. Es ergibt sich aber aus den jetzt veröffentlichten amtlichen Personalziffern, daß in Wirklichkeit keine Mehrbeschäftigung von Personal stattgefunden hat, sondern allein im Oktober 1932 nicht weniger als 33 000 zur Entlassung gebracht worden sind — eine Tatsache, die sich mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm schwer vereinbaren läßt.

Der Allgemeine Eisenbahner-Verband fordert daher, daß aus den zur Verfügung gestellten insgesamt 280 Millionen Mark so viel Mittel für die Bahnstrome-Arbeiten abgesetzt werden, daß das bisherige Personal restlos weiterbeschäftigt werden kann. Er begründet mit diesen Personalziffern außerdem erneut seine grundsätzliche Forderung, daß die gesamte öffentliche Verkehrspolitik einer durchgreifenden Reform unterzogen werde.

Der Hafenarbeiterstreik in Le Havre und Brest ist beendet. Ueber den Erfolg des Kampfes ist noch nichts bekannt.

Das Zentralkomitee der KPR hat seit Dienstag eine außerordentliche Tagung in Moskau.

Der nächste Kongreß der Komintern wird im Mai 1933 zusammentreten.

Der Schiffsverkehr im Kanal von Korinth ist durch einen Erdrutsch gesperrt worden.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom _____ ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name _____ Ort _____

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin

8, 14, Inselstr. 8a

Verantwortl. Schriftf. W. E. Berlin Anzeigen: R. Lipmann. Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 37/38
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzug d. Inserates 5% Rabatt!

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwald
Engelsplatz 12.

Sonnenblumen-Öl
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Fianelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier. Kanne 1,— RM Pfand.
Frischkost-Reformhaus Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren-Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Schallplatten sind besser. Hören Sie z. B.:
Furtwängler, Brandenburgisches Konzert Nr. 3 G-Dur, v. J. S. Bach
oder Air aus Suite D-Dur, von J. S. Bach
Plattenpreis: je 5,40 Mark
Furtwängler, Ungarische Tänze Nr. 1 und 3, von Brahms
Plattenpreis: 3,25 Mark
Otto Pfothauer, Wilmersdorf, Gläserstr. 14.

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen **Maßanzug**.
aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, MAGDEBURG, jetzt Johannsbergstr. 10, III.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 3, III

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr.

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 35, Luisenweg 61 III.
Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bewerbt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebemarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der **Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.**
Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr.

SCHAFFT EINHEIT! SCHENKT FASCHISMUS!

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.
Betrachtungen über den Krieg und anderes von **Ku Hung-ming.**
107 Seiten. Brochüriert 1,20 Mark.

BERLIN KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Seit 30. Dezember: 2 Schauspielerei von Welttruf in ihren lustigen Komödien:
„Der brave Sünder“ mit Max Pallenberg, Regie: Fritz Kortner
„Hurra, Ich liebe!“ mit N. Colai Kolin.
Anfangszeit: 18, 17, 19 und 21 Uhr.

Inhalts-Uebersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und andere.

Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto Berlin 313 42.

Kapitulation vor dem Pöbel.

Die vereinigte schwarze und braune Reaktion hat einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Im Berliner Deutschen Theater wurde in vorzüglicher schauspielerischer Besetzung das Schauspiel „Gott, Kaiser und Bauer“ von Julius Hay aufgeführt. In diesem Schauspiel, das zwar kein Meisterwerk der dramatischen Kunst ist, was aber hier nicht von Bedeutung ist, da es sich nicht um eine Kunstfrage, sondern um eine Rechtsfrage handelt, wird die Zeit des Konstanzer Konzils und des Reformators Huf in ihren repräsentativen Vertretern, dem Kaiser und dem Papste, dargestellt. Die Darstellung sucht sich an die geschichtliche Wirklichkeit zu halten und verzichtet bewußt auf alle romantische Verbrämung der tatsächlichen Geschehnisse im Interesse irgendwelcher kirchlicher und nationalistischer Geschichtsfälscher und Reaktionäre. Gleichzeitig wird — wie in jedem Drama — versucht, die Beweggründe und Interessen der Handelnden durch dramatische Wechselgespräche dem Zuschauer klar zu machen.

Alles das mißfiel den Katholiken und den Faschisten sehr, und sie eröffneten eine wüste Presschelte gegen die Auf-führung im Deutschen Theater. Die „Germania“ forderte das Verbot des Stücks, der „Angriff“ entrüstete sich über die „jüdischen Schweinereien“ (nicht etwa der dargestellten Zeit, sondern des darstellenden Dichters und der Schauspieler). Das hatte Störungsversuche der Aufführung durch Mitglieder katholischer Gesellenvereine, also der „Katholischen Aktion“ (1), und faschistischer Sprengtruppen zur Folge. Die Theaterleitung hat sich leider durch diese Demonstrationen derart einschüchtern lassen, daß sie das Stück jetzt vom Spielplan absetzte, obwohl es bisher immer gelungen war, die Störenfriede polizeilich zu entfernen und obwohl die Polizei auch fernerhin ausreichenden Polizeischutz zugesagt hatte.

Wenn sich die Hüter der Kunst selber so schnell in die Flucht schlagen lassen, dürfen sie sich nicht beklagen, daß die Freiheit der Kunst immer mehr beseitigt wird! Etwas mehr Zivilcourage wäre der Direktion des Deutschen Theaters sehr zu wünschen!

Der Pöbel wird sonst immer mehr mobil!

„Wir verlangen seine Freilassung!“

Heraus mit Ludwig Renn!

„Die Verhaftung Ludwig Renns hat eine Empörung bei den Intellektuellen ausgelöst. Die große Bedeutung dieses Schriftstellers, die Aufrichtigkeit des Menschen, der die Tragödie seines Gewissens der Welt freimütig gezeigt hat, der, seinem Gewissen folgend, die Vorzüge des privilegierten Lebens abgestreift und damit sich den Schlägen der Feinde ausgesetzt hat, — für dieses alles verdient er die höchste Achtung. Wir verlangen seine Freilassung. Romain Rolland.“ (Telegramm an den deutschen Justizminister.)
Wo bleibt der Protest der deutschen Intellektuellen?

Die Rache der Reaktion.

Ein sogenanntes Thüringer Volksbildungsministerium hat der bekannten Sozialistin Anna Siemsen die im Jahre 1923 widerrufenen Erlaubnisse zur Abhaltung erziehungswissenschaftlicher Vorlesungen an der Universität Jena entzogen. Anna Siemsen hatte es nämlich gesagt, in einer „freien Republik“ ohne eine „Menschen- und Frauenrecht“ in dem sie die von einer Reihe deutscher Professoren veröffentlichte Erklärung zugunsten des in Heidelberg auf ebenso unsaubere Weise seiner Lehrberechtigung beraubten Pro-

Die Schuldigen am nächsten Krieg.

Giftgas auf Erden und dem Menschen eine Gasmasken!

„Vom Himmel hoch, da komm' ich her“, ließ man die Kinder zu Weihnachten singen und Tausende von Händen und Hirnen regten sich, auf daß es eines Nachts wirklich vom Himmel herkomme, zwar nicht das feierlich angekündigte Christkind, sondern ein Flugzeug mit einigen Gasbomben, die in wenigen Minuten all dem Singen von Weihnachtsliedern ein Ende machen würden. Jene Hände und Hirne, die für die höchsten Ideale der Generale, Schwerindustriellen und Agrarier, für das Kriegsgeschäft, arbeiten, haben es heute in Deutschland darauf abgesehen, die Zivilbevölkerung in Luftschutzverbänden zusammenzutreiben, auf daß sie lerne, daß Luftschutz nötig sei und zu fragen verlerne, ob Gaskrieg nötig sei.

Luftschutz ist heute Mode, so wie anno 1900 der Flotten- oder Krieger- oder Kolonialverein Mode war. Luftschutz, der jedem Deutschen seinen individuellen oder kollektiven Schutz vor Fliegern verschaffen will, schafft in Wirklichkeit eine Massenpsychose der Unvermeidlichkeit des Krieges, eine Gottergebenheit in das Schicksal von Kriegsgewinnern Gnaden. Luftschutz, der eine Abschwächung der Kriegesgefahr verbürgen will, verbürgt in Wirklichkeit eine Ablenkung von den Nöten der Zeit — den Hungerigen gibt man statt Brot eine Gasmasken, den Fabrikanten der Masken- und Gasschutz-Geräte eine besondere Weihnachtsgratifikation. Mit tausend verschiedenen Gasarten halten chemische Laboratorien, halten auch die leicht umstellbaren chemischen Friedensindustrien den Massentod bereit; mit neuesten Gasmaskenmodellen und „Musterkellern“ offeriert man uns den Massenschutz gegen Bakterien, Feuer und Gift aus der Luft.

Wer ist der Feind? Frankreich, das der beste Abnehmer der in Deutschland fabrizierten Degea-Maske ist? Oder England, das seine neuesten Kriegswerkzeuge, hergestellt bei Vickers & Armstrong, im „Deutschen Militärwochenblatt“ (Nr. 7 und 11) anbietet, während auf der anderen Seite Leute wie Hugo Stoltzenberg aus Hamburg mit englischen und anderssprachigen Prospekten in England, Spanien, Südamerika, Rußland und anderen Ländern den Kauf von Giftgas und den dazugehörigen Gasmasken empfehlen?

Mitschuldig am Krieg ist nicht nur jeder Aktionär der Rüstungsindustrie, sondern auch jeder, der den Kriegshetzern durch Beteiligung am Luftschutz „ein Wohlgefallen“ bereitet, indem er sein Möglichstes tut, den „Frieden auf Erden“ zu verhindern und der, da der Friede auf Erden ja nur am Weihnachtstag, und noch dazu in der Kirche verkündet wird, zum Gebrauch an anderen Tagen eine Gasmasken unter den Weihnachtsbaum legt.

Magda Hoppstock-Huth

Die finanzielle Tragödie der Gemeinden.

Immer lauter werden in letzter Zeit die Klagen der Städte über die untragbaren Wohlfahrtslasten, und es ist selbstverständlich, daß die kleineren Städte unter diesem Druck noch mehr leiden als die Großstädte. Verschärft wird diese Notlage noch durch die Abhängigkeit von den Landkreisen in finanzieller Hinsicht insofern, als die kreisangehörigen Städte die Fürsorgekosten in Höhe von 70 Prozent von den Landkreisen ersetzt bekommen. Die Landkreise ihrerseits wieder leiden naturgemäß ebenfalls unter den Wohlfahrtslasten, so daß sie ihren Zahlungen an die Städte und Landgemeinden nicht nachkommen können.

Wie stark nun die Verschuldung der Landkreise ist, geht aus einer Erhebung hervor, die sich über ganz Preußen erstreckt und für

352 Landkreise rund zehn Millionen rückständige Fürsorgebeitragszahlungen an die kreisangehörigen Städte

ermittelt. Davon entfallen auf die Provinz Brandenburg mit 31 Landkreisen über eine Million Mark. Die Höhe der Zahlungsrückstände ist ganz verschieden.

Zu den Kreisen, die besonders hohe Rückstände aufweisen, gehört vor allem Lebus. Er schuldet an insgesamt fünf Städte rund 810 000 Mark, davon an Fürstenwalde allein 300 000 Mark. Der Kreis Luckau schuldet an zwei Städte 100 000 Mark, der Kreis Soldin an drei Städte 90 000 Mark, der Kreis Spremberg an eine Stadt 110 000 Mark, der Kreis Crossen an zwei Städte 80—90 000 Mark, der Kreis Prenzlau an eine Stadt 102 000 Mark. Kleiner sind die rückständigen Beträge der Kreise Friedeberg (50 000 Mark an drei Städte), Sorau (64 000 Mark an zwei Städte), Osthavelland (40 000 Mark an vier Städte), Westhavelland (40 000 Mark an zwei Städte), Angermünde (26 000 Mark an eine Stadt) und Jüterbog-Luckenwalde (40 000 Mark an eine Stadt). Dabei muß aber darauf hingewiesen werden, daß sich diese Rückstände seit dem 31. Oktober wohl noch bedeutend erhöht haben werden.

Es ist klar, daß die kreisangehörigen Städte durch die nicht-erfolgende Rückerstattung der nur ausgelegten Beträge selber in die allergrößten Schwierigkeiten kommen und eines Tages

fessors Gumbel mit unterschrieb. Das gab der nationalsozialistischen Regierung von Thüringen eine willkommene Gelegenheit, gegen die verhasste Gegnerin vorzugehen. So verfährt die nationalistische Sippschaft, wenn sie am Ruder ist, die vorher über die „Parteiwirtschaft“ den Mund nicht weit genug aufreißen konnte. Hoffentlich wird dieser Vorfall wiederum ein Anlaß zum Nachdenken und Umlernen für viele Republikaner, damit sie „das nächste Mal“ gegen die Feinde einer freien Wissenschaft alle demokratischen Rücksichten fallen lassen!

Butter in der Margarine.

Reichslandbund unzufrieden.

Der geschäftsführende Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kalkreuth, hat ein Telegramm an den Reichskanzler gerichtet, in dem die völlige Buttereinfuhrsperrung gefordert wird. In dem Telegramm heißt es: „Das im Lande allenthalben hellste Empörung über den infolge Tatenlosigkeit der Reichsregierung erfolgten völligen Zusammenbruch der Butterpreise herrsche. Es müßten endlich wirkungsvolle

vor leeren Kassen stehen. Diese Gefahr besteht gerade für kleinere Städte, die neben den ohnehin hohen Fürsorgekosten auch die Kreisumlage entrichten müssen, die für sie im Verhältnis zur Einwohnerzahl und zur Steuerkraft eine ganz erhebliche Summe darstellt. Wenn hier also der Kreis seinen Fürsorgeanteil nicht erstattet, steht sich die Stadt unter Umständen auch nicht in der Lage, ihre Kreisumlage zu bezahlen.

... Die

Summe der rückständigen Kreisumlagen beträgt in Gesamtpreußen für die kreisangehörigen Städte etwa 2 1/2 Millionen Mark.

Eine weitere Folge der Nichtzahlung der Fürsorgeanteile durch die Kreise ist die, daß die Städte immer mehr Gelder verauslagern und schließlich ihre eigenen Einkünfte restlos für Fürsorgezwecke zur Verfügung stellen müssen. Städte, die zugleich Landratsort sind, können unter Umständen auf den Landrat insofern einen Druck ausüben, als sie ihre Unterstützungsberechtigten zur Kreiskasse schicken und auf diese Weise den Landrat unter Druck setzen. Aber dieses Verfahren wird, wenn überhaupt, auch nur für eine gewisse Zeit Erfolg haben. Die Aufnahme eines Kassenkredits bei der eigenen Sparkasse kommt in den wenigsten Fällen in Frage, da einmal die Sparkasse auf Grund gesetzlicher Bestimmungen solche Vorschüsse nicht mehr geben darf und ferner die dafür vorgesehenen Sätze in den meisten Fällen bereits seit langer Zeit erreicht sind.

Alles dies zusammen erhellt erneut die Berechtigung der Forderung der kreisangehörigen Städte, die Reichswohlfahrts-hilfe nicht nur an die Kreise zu zahlen, sondern auch direkt an die kreisangehörigen Städte und Landgemeinden, um ihnen etwas Geld in die Hände zu geben. Aus dem gleichen Grunde sollten dann auch die vom Ministerium zur Verfügung gestellten Sonderbeiträge für Kreise, die besonders starke Rückstände aufzuweisen haben, nicht an die Kreise gezahlt werden, sondern ebenfalls auch an die Gemeinden, da andernfalls die Gefahr besteht, daß der schwer bedrängte Kreis zunächst nur an sich denkt, und die Gemeinden, denen das Geld in erster Linie zu gute kommen sollte, das Nachsehen hätten.

Maßnahmen zur Rettung der deutschen Milchwirtschaft getroffen werden. Bis zur Wiederherstellung geordneter Marktverhältnisse und eines angemessenen Butterpreises müsse die völlige Buttereinfuhrsperrung gefordert werden.

Hausfrauen unzufrieden.

Der Reichsverband deutscher Hausfrauenvereine veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt:

1931 habe es einer Einfuhr von nicht weniger als 100 000 Tonnen Butter bedurft. Das sei ein Betrag, der das dies-jährige Kontingent von 55 000 Tonnen um annähernd die Hälfte übersteige. Habe also die deutsche Erzeugung schon bisher nicht annähernd den Verbrauch gedeckt, so sei es unverständlich, wenn von dieser Mindererzeugung noch annähernd 15 000 Tonnen dem regulären Verbrauch entzogen werden sollen.

Die Regierung gebe zwar bekannt, daß eine Verteuerung der Margarine nicht eintreten werde. Gegenüber den übrigen, billigen Rohstoffen bei der Margarineherstellung bedeute die hochwertige Butter indes ein wesentliches Verteuerungsmoment. Der Ausgleich könne nur in einer Qualitätsminderung der übrigen Rohstoffe gefunden werden. Auch hiergegen lege der Reichsverband deutscher Hausfrauenvereine Verwahrung ein.

Für die Landwirtschaft sei durch diese Maßnahme keine wesentliche Hilfe zu erwarten. Die ohnehin schon notleidende städtische Verbraucherschaft aber werde unnötig verbittert und gereizt. Noch sei es Zeit, daß die Regierung von der Durchführung der Ermächtigung absehe.

Devisenschlebung amnestiert.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat ein Verfahren wegen Devisenschlebung, das gegen einen Berliner Kaufmann lief, auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt. Der Angeklagte hatte gemeinsam mit einem Ungarn Effekten im Wert von 8000 Mark nach Deutschland gebracht und dort verkauft, ohne den Erlös auf Sperrkonto zu legen. Die fragliche Amnestiebestimmung des Gesetzes vom 20. Dezember bezieht sich auf „Straftaten, die infolge wirtschaftlicher Not des Täters oder seiner Angehörigen, insbesondere Arbeitslosigkeit, begangen sind“, wenn die Strafe Geldstrafe oder Freiheitsstrafe von nicht mehr als sechs Monaten Gefängnis ist. Der angeklagte Kaufmann war zur Zeit der Straftat erwerbelos, sodaß die Bestimmung des Amnestiegesetzes wohl anwendbar ist. Der mitbeteiligte Ungar ist mit zwei Monaten Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe bestraft worden.

Es ist eine gefährliche Bahn, die mit dieser Amnestierung eines Devisenschleubers beschritten wird.

Wenn auch im vorliegenden Falle wirklich wirtschaftliche Not vorgelegen haben mag, so ist doch der Begriff der wirtschaftlichen Not bei Devisenschlebung äußerst dehnbar. Wie wäre es z. B. mit einem überschuldeten ostpreussischen Agrarier, der Devisen verschleubt?

Das Urteil wird wahrscheinlich Gegenstand weiterer Nachprüfung sein. Denn Reichsbankpräsident L u t h e r hatte bei Erlass der Amnestie in einem Brief an die Reichsregierung die Forderung aufgestellt, daß Devisenvergehen nicht amnestiert werden sollten.

„Das Kleinkind, seine Not und seine Erziehung.“

Unter diesem Titel erscheinen soeben bei Karl Zwing in Jena, am Anger 14, 215 Seiten stark, für 1,50 Mark (einschließlich Zustellungsporto) die sämtlichen Vorträge des Kongresses für Kleinkindererziehung, der Anfang Oktober 1932 in Berlin tagte: *Fröbelsverband, Montessori-Bewegung, Individualpsychologie, Psychoanalyse, Rudolf-Steiner-Pädagogik und Entschlossene Schulreformer* liefern zahlreiche Beiträge. Dieses Kongressbuch ist geeignet, Erzieher und Eltern mit den Grundanschauungen aller dieser Richtungen über die Kleinkindererziehung vertraut zu machen. Bestellungen an den Verlag oder durch jede Buchhandlung.

Liga für Mutterschutz, Ortsgruppe Wedding.

Dienstag, den 8. Januar, im Lokal-Schrader, Lieben-ler Straße, Chlyn-Chen spricht über
Die Frau in China.

Daran anschließend freie Aussprache. Gäste willkommen.

Britisch Indien in der Krise.

Indien ist eines der wenigen Länder, das im dritten Jahr der Weltkrise eine Zunahme der industriellen Produktion aufweist. Die Gründe dafür sind vor allem: Ueberfluß an billigen Arbeitskräften; an Ort und Stelle vorhandene Rohstoffe, wachsende Begünstigung der einheimischen Industrie gegenüber der ausländischen Konkurrenz und die Wirkung des Boykotts britischer Waren.

Die Baumwollspinnereien und Baumwollwebereien beschäftigen zusammen mit der Juteindustrie den größten Teil der indischen Industriearbeiter. Daher gibt uns die folgende Tabelle einen Ueberblick darüber, welche Entwicklung die industrielle Produktion genommen hat.

| | April bis Juni | | | | |
|--|----------------|---------|---------|-----------------------|------|
| | 1929/30* | 1930/31 | 1931/32 | 1931 | 1932 |
| In indischen Fabriken: | | | | | |
| gesponnenes Garn in Millionen Pfund | 562 | 590 | 672 | 159 | 164 |
| produzierte Webwaren in Millionen Yard | 2 419 | 2 561 | 2 990 | 723 | 753 |
| Zahl der Spindeln (in Tausend) am 31. Juli | 8 704 | 8 907 | 9 125 | 1. Januar 1932: 9 312 | |

* Die Jahre sind gerechnet von April bis April.

Das Fortschreiten der Industrialisierung Indiens hat den indischen Arbeitern keinerlei Vorteile gebracht. Die Löhne verharren auf ihrem miserabel tiefen Stand; denn es wandern mehr hungernde Bauern in die Städte, als die Unternehmer in den Fabriken einstellen können.

Das Einkommen der Bauern sinkt.

Es gibt einen Zug in der wirtschaftlichen Entwicklung Indiens seit 1929, der an Bedeutung alle andern übertrifft. Er ist nicht statistisch gemessen worden; doch kein Beobachter der indischen Wirtschaft leugnet ihn. Es handelt sich um eine auf der Hand liegende Folgerung aus bekannten Tatsachen.

Das Einkommen der Bauernschaft, die aus 250 Millionen halbverhungerten Menschen besteht, ist stark verringert worden durch das Sinken der Preise der von ihnen erzeugten Produkte. Schon im März 1931 sind die indischen Preise für rohe Jute um 50 Prozent, für Baumwolle um 36 Prozent, für Reis um 35 Prozent, für Weizen um 47 Prozent gegenüber dem September 1929 gefallen. Der Preisfall hat sich fortgesetzt (bis Januar 1932 ist zum Beispiel der Weizenpreis um 62 Prozent gesunken), obwohl er jetzt vorübergehend durch die Entwertung des englischen Pfundes aufgehalten worden ist; mit dem Pfund steht nämlich die indische Währung in engstem Zusammenhang.

Der Preisesturz würde für die Bauern wenig zu bedeuten haben, wenn sie nicht weiterhin Bodensteuer an den Staat oder Pachtzins an den Zwischenpächter im Ausmaß von etwa 50 Prozent ihres normalen Einkommens zu zahlen hätten. Ueberdies haben sie hohe, in Geld festgesetzte Zinsen an die Geldverleiher zu entrichten, bei denen sie gewöhnlich verschuldet sind; ferner sind die Preise der Baumwollwaren, die viele Bauern kaufen müssen, in einem geringeren Ausmaß gesunken, in der oben erwähnten Periode nur um 14 Prozent.

Die Last der Bodensteuer.

Seit dem Kriege ist trotz des Sinkens der Preise für landwirtschaftliche Produkte die Summe der in Britisch Indien eingezogenen Bodensteuern ständig gestiegen, und selbst die Abnahme dieser Summe im Jahre 1930/31 — spätere Angaben liegen noch nicht vor — ist nicht die Folge einer entsprechenden Herabsetzung, sondern ist größtenteils den Schwierigkeiten zuzuschreiben, die die Regierung beim Eintreiben der Steuern hatte, und die ihrerseits die Folge der Aktion zur Verweigerung des bürgerlichen Gehorsams sind (der Civil Disobedience Campaign).

| | Eingezogene Bodensteuer | | Saattfläche in Millionen acres |
|----------|-------------------------|-----|--------------------------------|
| | in Millionen Rupien | | |
| 1912/13 | 326 | 224 | |
| 1920/28* | 375 | 223 | |
| 1928/29 | 393 | 228 | |
| 1929/30 | 393 | 228 | |
| 1930/31 | 303 | 229 | |

* Jahresdurchschnitt.

Am meisten hat natürlich die Bauernschaft in solchen Gebieten gelitten, wo, wie in den Vereinigten Provinzen, 95 Prozent der Steuern in bar eingezogen werden. Anfang 1932, als die Preise nahezu 50 Prozent unter dem Stand von 1915 lagen, war die dortige Regierung gezwungen, die Steuer auf den Stand von 1915 herabzusetzen. Dies war eine Geste, um den Forderungen des Indischen Nationalkongresses zuvorkommen, dessen Vertreter jedoch die Zustimmung zu diesem von der Regierung vorgeschlagenen Steuersatz verweigerten. Die Regierung entschloß sich, eventuell die von ihr vorgeschlagene Steuerermäßigung zu verdoppeln. Trotzdem wurde die Steuerfreiheits („No-rents“-) Kampagne und die allgemeine bürgerliche Gehorsamsverweigerungs-Kampagne, die in dieser Zeit wiederholt wurde, eingeleitet. Daraufhin entschied die Obrigkeit diese Frage durch Einsperrung der Kongreßführer und Bestrafung der Bauern, die die Steuerzahlung verweigerten; wenn nötig, wurde zur Eintreibung der Steuern ihr Land verkauft.

Eines der deutlichsten Zeichen der Armut, in die die Bauern getrieben worden sind, ist von Sir John Anderson, dem Gouverneur von Bengalen, kürzlich in einer Rede aufgezeigt worden, in der er berichtet „über die Neigung der Semindaren (Grundbesitzer), ihre Besitzungen an die Regierung zur Bewirtschaftung zu übertragen, um den bösen und unvermeidlichen Folgen der Krise und der Regierungspolitik zu entgehen“. Also selbst die Grundbesitzer, die früher in der Lage waren, sowohl für sich einen schönen Lebensunterhalt aus der hungernden Bauernschaft herauszupressen, als auch Bodensteuern von ihnen einzuziehen, finden ihre Beschäftigung nicht mehr einträglich! In dem bengalischen Gesetzgebenden Rat zum Beispiel stellte der verantwortliche Minister fest: „In Nord- und Ostbengalen sind 899 Besitzungen verkauft worden, um die Steuerrückstände zu bezahlen. Im Jahre 1931/32 waren etwa 8796 Besitzungen zum Verkauf angezeigt, von denen 564 wirklich verkauft wurden. Eine große Anzahl von Besitzungen konnte aus Mangel an Käufern nicht verkauft werden.“

Die Bodensteuer bildet die Haupteinnahmequelle der Provinzialverwaltungen, die diese Einnahme nicht herabsetzen

können, wenn ihr Aufwand in bisheriger Höhe bestritten werden soll, es sei denn, daß sie eine Vereinbarung mit der Zentralverwaltung treffen. Folgender Zwischenfall bei der Festsetzung des Budgets von 1932 charakterisiert die Haltung der Regierung in dieser Beziehung. Der Sparunterausschuß empfahl eine Kürzung der Beamtgehälter, abgestuft nach dem Einkommen, von 3½ bis 20 Prozent. Das wurde vom Kabinettsrat des Vizekönigs abgelehnt, der jedoch schließlich unter dem Druck der Provinzialverwaltungen in eine gleichmäßige Kürzung von 10 Prozent einwilligte. Nun war es aber Sir Samuel Hoare, Staatssekretär von Indien in England, der seine Einwilligung zu dieser Kürzung als vorübergehender Maßnahme bis Ende 1933 nur für den Fall gab, daß der Exekutivrat des Vizekönigs mit seinem Rücktritt droht. Inzwischen wird eine Regelung für längere Dauer erwogen, die voraussichtlich keinerlei Kürzungen der Gehälter der europäischen Beamten in Indien enthalten wird, obwohl die Lebenshaltungskosten in Indien seit 1929 um 30 Prozent gefallen sind. Offenbar kann die National-Regierung — der Tradition entsprechend — das Prinzip der „Gleichheit der Opfer“, mit dem die Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung in Großbritannien im September 1931 gerechtfertigt wurden, vergessen, wenn es sich um indische Angelegenheiten handelt!

Die „Wohltaten“ von Ottawa.

Die Nationale Regierung von England versprach, daß die Konferenz von Ottawa die Armut der indischen Bauern mildern und gleichzeitig einen Vorteil für England bringen wird. Sie brachte sicherlich einen Vorteil für die britischen Imperialisten und für gewisse Teile der indischen Bourgeoisie; doch der Masse des indischen Volkes lud sie nur neue Lasten auf.

Die indische Regierung erklärte sich bereit, bei der Einfuhr gewisser britischer Waren einen Vorzugszoll von 10 Prozent (in manchen Fällen 7½ Prozent) einzuräumen. Aber da dieser Vorzug nur gewährt werden kann entweder bei einer Erhöhung des Zolles auf nicht-britische Waren oder bei Herabsetzung des Zolles auf britische Waren, und da vermutlich in vielen Fällen der erstgenannte Weg gewählt werden wird — wenn auch nur, um Staatseinnahmen zu beschaffen —, so erhöhte die Durchführung dieses Versprechens die Preise für den indischen Konsumenten. Die weitere Förderung der jetzi-

gen sinnlosen Ausdehnung der indischen Industrie, die infolge von Zollerhöhungen erfolgen würde, würde, wie schon betont, den indischen Arbeitern keinerlei Vorteile bringen.

Indiens Ausfuhr wurde, im Gegensatz zu der der Dominions, in Ottawa fast keinerlei Beachtung geschenkt. Nach den Verträgen von Ottawa stehen nur 20 Prozent seiner Einfuhr nach Großbritannien auf der Freiliste; während im Durchschnitt 30 Prozent der Einfuhr der Länder außerhalb des Britischen Reiches und 46 Prozent der Einfuhr der Dominions auf der Freiliste stehen.

Die vielgerühmte „Unabhängigkeit“ der indischen Regierung in der Festsetzung des Staatshaushalts darf, wie sich in Ottawa zeigte, selbst für die indische Bourgeoisie nicht als Erweiterung der Selbstverwaltung („More Self-Government“) gedeutet werden. Es ist wahr, daß seit dem Kriege ernste Maßnahmen getroffen worden sind, um Indien gegen die Einfuhr von Industriewaren, auch aus Großbritannien, zu schützen. Nach der Verordnung vom April 1932 waren folgende Zollsätze in Kraft: 10 Prozent auf eine Anzahl Industriewaren, wie Farben und Maschinen, 25 Prozent auf den Hauptteil der eingeführten Waren, einschließlich der meisten Lebensmittel, 50 Prozent auf Luxuswaren, während auf britische Baumwollwaren ein Zoll von 25 Prozent und auf nicht-britische von 33½ Prozent erhoben wird.

Die Ausdehnung der Industrie in Bombay, Calcutta u. s. w. hat die Unterstützung der britischen Regierung deswegen erfahren, weil beträchtliche Summen britischen Kapitals dort in der Industrie angelegt sind. Mit der Entwicklung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist die Bedeutung Indiens als eines Landes für Anlegung britischen Kapitals besonders gestiegen. Der Anteil der gesamten neuen britischen auswärtigen Ausleihungen, der nach Indien und Ceylon ging, stieg in der Zeit von 1928 bis 1931 von 5 auf 49 Prozent. Nur mit Ironie kann man die Worte „Nationale Regierung“ aussprechen, wenn man weiß, daß sie eifrig versucht, die britischen Arbeiter mit einem nationalen Ideal zu erfüllen, und gleichzeitig die, bei Niederhaltung der Massenkaufkraft, sinnlose Ausdehnung der Produktionsanlagen der indischen Textilindustrie fördert, — was wiederum die Zahl der stillstehenden Webstühle und der beschäftigungslosen Arbeiter in Lancashire vergrößern wird!

Fl.

Handelspolitische Front gegen England.

Vorbereitung für die Weltwirtschafts-Konferenz.

Die liberale „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“ veröffentlicht einen bemerkenswerten Artikel ihres englischen Berichterstatters unter der Überschrift

„Mehr Licht über Ottawa“

der sich mit den Handelsvertragsverhandlungen Englands mit den skandinavischen Ländern beschäftigt. Die Verhandlungen würden zwar mit jeder Delegation getrennt geführt, man könne aber die eine Delegation nicht gegen die andere ausspielen. Man wisse noch gar nicht, wohin die Verhandlungen mit den skandinavischen Ländern, denen man besondere Vergünstigungen versprochen habe, zielten. Bekannt sei bisher nur die britische Forderung auf erweiterten Absatz von Kohle. Da keines der skandinavischen Länder Zoll auf Kohle erhebe, könne diesem Wunsche nur dadurch entsprochen werden, daß die skandinavischen Länder Valutakontrolle oder Kontingente einführen, oder daß man die Gewerbetreibenden und Importeure zwänge, ihren Kohlenbedarf in England zu decken.

Man glaube allgemein, daß die Verhandlungen mit Dänemark am schnellsten zu Ende geführt werden würden, da Dänemark in weitestem Maße von England abhängig sei und seine Delegation keinesfalls auf verbesserte Absatzmöglichkeiten, sondern im günstigsten Falle auf eine Sicherung des gegenwärtigen Standes rechnen könne. Es sei aber sehr zweifelhaft, ob England imstande sei, derartige verbindliche Zusicherungen zu machen, da das britische Landwirtschaftsministerium die Einführung neuer Zölle und Quotensysteme plane. Trotzdem fordere England Aenderungen des dänischen Zollsystems und eine für England günstige Regulierung der dänischen Einfuhr. So „begünstige“ England ein befreundetes Nachbarvolk und setze ihm das Messer an die Kehle.

Vielleicht würde England Dänemark zu wirtschaftlicher Sklaverei zwingen können, wenn nicht die Konferenz der Oslo-Staaten sich gegen den wirtschaftlichen Druck von seiten Englands zur Wehr setzen könne.

Man müsse sich fragen, welche kümmerliche Rolle die britischen Vertreter auf der Weltwirtschaftskonferenz spielen werden, deren Programm die Abschaffung der Valutakontrolle und Quotensysteme vorsehe, wenn England nach Versendung der Einladungen zu dieser Konferenz den Versuch mache, wehrlosen Staaten gerade diese Handelsrestriktionen aufzuzwingen. Jetzt erst erscheine die britische Ottawa-Politik in hellerem Licht. England wünsche allerdings eine Aenderung des Meistbegünstigungsprinzips, jedoch einseitig zu seinem Vorteil.

Das Blatt bespricht sodann die gemeinsamen Interessen der Oslo-Staaten gegenüber England und macht in vorsichtiger Form Stimmung für einen

Beitritt der skandinavischen Länder zu der Ouchy-Konvention.

Belgien, Holland und Luxemburg hätten in Ouchy einen Vertrag geschlossen, der liberaler sei als die britischen Ottawa-Verträge und den man in England damals als das Morgenrot einer neuen Epoche begrüßte. Jetzt habe England seine Einstellung geändert und mißbillige dieses belgisch-holländische Abkommen. Großbritannien, das Vorzugszollverträge mit den Dominions geschlossen habe, denen andere Mächte nicht beitreten dürften, spreche allen ausländischen Staaten das Recht ab, Abkommen über Zollherabsetzungen zu treffen, auch wenn diese Abkommen der ganzen Welt offenstehen.

Belgien und Holland fühlten sich vielleicht zu schwach, den von England hingeworfenen Handschuh aufzunehmen; im Verein mit den drei skandinavischen Ländern würden sie es vielleicht wagen, vor allem, weil ein Teil der öffentlichen Meinung in England auf ihrer Seite stehe.

Die Oslo-Staaten, die von Großbritannien mehr kaufen als Indien, hätten große Aussichten auf Erfolg, wenn sie sich zusammenschließen und eine entschlossene Politik gegen die herausfordernden Ottawa-Verträge führten.

Stärkere Konsultationen mit den anderen Großmächten, zum Beispiel Italiens und der USA rechnen. Man brauche kaum hinzuzufügen, schließt der Verfasser, daß die englische Presse — mit Ausnahme unbedeutender Notizen — alle ungünstigen Äußerungen des Auslandes über die britische Wirtschaftspolitik unterdrücke.

Durch diesen schwedischen Zeitungsartikel wird manches Licht auf die unterirdischen Vorbereitungsarbeiten für die Weltwirtschaftskonferenz geworfen.

Die Entscheidung über die Aufteilung des Weltmarktes, die offenbar manche von jener Konferenz erwarten, wird von Großbritannien dadurch vorbereitet, daß es im voraus möglichst viele Vorteile an sich zu bringen sucht. Nach dem Vertrag in Ottawa mit den Dominions sollen noch rasch vor Toresschluß Verträge mit den skandinavischen Ländern geschlossen werden. Eine Einheitsfront dieser Länder gegenüber England auf Grund des Vertrages von Ouchy, der bekanntlich eine allmähliche Zollsenkung vorsieht, wäre durchaus zu begrüßen.

DEUTSCHLAND

Flick verkauft: Herr Flick geht es annehmend auch nach dem Verkauf der Gelenkrollen-Aktien an das Reich noch nicht gut. Er verkauft an das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) seinen gesamten Besitz an Aktien der Rheinischen A.-G. für Braunkohlen-Bergbau und Brikett-Fabrikation. Es handelt sich um 21 Millionen Mark Aktien. Das RWE baut dadurch seine Stellung in Westdeutschland kräftig aus.

Zwangssyndikat für Zement? Die Verhandlungen für die Verlängerung des westdeutschen Zementverbandes sind noch nicht abgeschlossen, obwohl der bisherige Vertrag am 1. Januar abläuft. Mit der Begründung, daß schon während des Weltkrieges die Außenseiter zwangsweise in ein Syndikat eingefügt wurden, und daß damals gleichzeitig ein Verbot der Errichtung neuer Zementwerke erfolgte, fordern manche Interessenten die zwangsweise Beischießung der Außenseiter. — Es wäre ja auch ein Jammer, wenn der Staat tatelos zusähe bei einer Herabsetzung der Baustoffpreise!

Reichsbahn-Einnahmen 1932 um 47 Prozent unter dem Höchststand von 1929 und 26 Prozent niedriger als 1931. Der Ausfall beim Personen- und Gepäckverkehr gegenüber 1929 beträgt 500 Millionen Mark (36 Prozent), im Güterverkehr 1,8 Milliarden Mark (52 Prozent). — Der Personalbestand ist von 713 000 im Jahr 1929 auf 604 000 vermindert worden. (Der Personalaufwand macht nach Angaben der Reichsbahn fast 70 Prozent aller Betriebsausgaben aus.) — Nach dem Bericht der Reichsbahn ist der derzeitige Stand mit dem von 1890 bis 1900 zu vergleichen.

SÜDAFRIKA

Währungs-Wirrwarr: Banken, amtliche Stellen, Presse und Bevölkerung sind durchaus uneinig darüber, ob Südafrika den Goldstandard verlassen hat oder nicht. Tatsächlich wird das südafrikanische Pfund nicht mehr in Gold eingelöst; man hofft so den Hamsterern das Handwerk zu legen (überall dieselben Hoffnungen, wohl auch dieselben Enttäuschungen). Das Schatzamt meint, der Kurs des südafrikanischen Pfundes werde wie bisher stabil bleiben, weil die ausländischen Verpflichtungen in Gold geleistet werden.